



Wirtschaftspolitische Perspektiven

15 Jahre Euro in Mainfranken



Würzburg-Schweinfurt
Mainfranken

Verbindet **Menschen und
Wirtschaft** in Mainfranken

Impressum

Wirtschaftspolitische Perspektiven, Ausgabe 4
15 Jahre Euro – Effekte der europäischen Gemeinschaftswährung
für den Wirtschaftsraum Mainfranken
Stand 09/2017

Verleger
Industrie- und Handelskammer Würzburg-Schweinfurt K. d. ö. R.,
Mainaustraße 33 – 35, 97082 Würzburg,
E-Mail: info@wuerzburg.ihk.de, Tel. 0931 4194-0

Vertretungsberechtigte
Präsident der IHK Würzburg-Schweinfurt: Otto Kirchner
Hauptgeschäftsführer der IHK Würzburg-Schweinfurt: Professor Dr. Ralf Jahn

Zuständige Aufsichtsbehörde
Bayerisches Staatsministerium für Wirtschaft und Medien,
Energie und Technologie (<http://www.stmwi.bayern.de>)

Verantwortlicher Redakteur
Radu Ferendino, Industrie- und Handelskammer Würzburg-Schweinfurt K. d. ö. R.,
Mainaustraße 33 – 35, 97082 Würzburg

Autoren
Dr. Sascha Genders, Diplom-Volkswirt, LL. M. Eur.
Kurt Treumann, Betriebswirt (VWA)
Silvia Engels-Fasel, Assessorin
Elena Fürst, M.Sc. Economics

Gestaltung
Beachdesign, Thomas Görgens, Grundweg 21, 97297 Waldbüttelbrunn

Druck
FLYERALARM GmbH, Alfred-Nobel-Str. 18, 97080 Würzburg

Bildnachweis
Titelbild: Nastco/iStock/ThinkstockPhotos und Grassetto/iStock/ThinkstockPhotos,
sonstige Bilder: IHK Würzburg-Schweinfurt,
externe Bildquellen sind jeweils am Bild gekennzeichnet.

© Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck oder Vervielfältigung auf Papier oder elektronischen Datenträgern sowie Einspeisung in Datennetze nur mit Genehmigung des Herausgebers. Alle Angaben wurden mit größter Sorgfalt erarbeitet und zusammengestellt. Für die Richtigkeit und Vollständigkeit des Inhalts sowie für zwischenzeitliche Änderungen übernimmt die IHK keine Gewähr.

Inhalt

Der gemeinsame europäische Währungsraum	5
Vor- und Nachteile von Währungsräumen	8
Die Bedeutung des Euro in der Weltwirtschaft	11
Effekte des Euro für Mainfranken, Bayern und Deutschland	
Preisniveau	13
Wechselkurs	13
Binnenmarkt	15
Außenhandel	17
Direktinvestitionen	20
Der Euro in Zeiten der Finanz- und Staatsschuldenkrise	21
Ausblick und Zukunft	23
Abbildungsverzeichnis	24
Quellenverzeichnis	24



Der gemeinsame europäische Währungsraum

Das Jahr 2002 bezeichnet eine Zäsur in Europa von historischem Ausmaß. Es ist die eigentliche Geburtsstunde der europäischen Gemeinschaftswährung Euro. Der Euro löste innerhalb der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion die nationalen Währungen als Zahlungsmittel ab, nachdem er bereits im Jahr 1999 als Buchwährung eingeführt wurde. Der Übergang zu einer gemeinsamen europäischen Währung stellt einen Meilenstein der europäischen Integration dar. Wesentliches Ziel des Eurosystems, bestehend aus der Europäischen Zentralbank (EZB) und den nationalen Zentralbanken derjenigen Länder, die den Euro als Zahlungsmittel eingeführt haben, ist die Sicherung der Preisniveaustabilität, um darauf aufbauend wirtschaftliche Prosperität und Wohlstand zur Entfaltung kommen zu lassen. Bis heute ist der Euro eine Erfolgsgeschichte und hat sich seit seiner Einführung, neben dem US-Dollar, als wichtigste Währung weltweit etabliert.

Erste Überlegungen für die Einführung einer europäischen Gemeinschaftswährung reichen in der Historie weit zurück. Bereits 1970 wird im Rahmen des sogenannten „Werner-Plans“ von einer Währungsunion gesprochen, 1979 folgte die Einrichtung des Europäischen Währungssystems und einer Europäischen Währungseinheit (ECU). Ende der 1980er Jahre kam es nicht zuletzt aufgrund der Wiedervereinigung der Bundesrepublik Deutschland zu einer Debatte über die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung. Mit der Unterzeichnung des Vertrags von Maastricht wurden im Jahr 1992 die Weichen final gestellt.

Im Rahmen eines dreistufigen Plans wurden ökonomische Grundvoraussetzungen in den einzelnen Staaten geschaffen, beispielsweise durch die Ausrichtung nationaler Geld- und Fiskalpolitiken auf das Ziel einer gemeinschaftlichen Wirtschafts- und Währungsunion, durch die Stärkung der Unabhängigkeit der nationalen Zentralbanken sowie die Aufhebung bestehender Kapitalverkehrskontrollen. Nach der zweiten Stufe, der Gründung des Europäischen Währungsinstituts (EWI), folgte zu Jahresbeginn 1999 das Inkrafttreten der Währungsunion.

Hiermit ging die Einführung des Euro zum 1. Januar 1999 einher, der als Buchgeld eine Umstellung von einzelnen nationalen Währungen hin zu einer gemeinschaftlichen europäischen Währung bewirkte. Zugleich wurden feste Umrechnungskurse definiert. Weiterhin trat der Stabilitäts- und Wachstumspakt in Kraft und die geldpolitische Kompetenz und Steuerungshoheit innerhalb der Eurozone wechselte von den nationalen Notenbanken hin zur EZB, die aus dem EWI hervorging. Zum 1. Januar 2002 wurde der Euro gesetzliches Zahlungsmittel und ersetzte das nationale Bargeld vollständig.

Der Eurozone – der Gemeinschaft der Staaten der Europäischen Union (EU), die der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion angehören und innerhalb derer der Euro offizielles Zahlungsmittel ist – gehören seit Anfang 2015 19 Staaten an. Während ihr 1999 zunächst elf Staaten – hierzu zählen neben Deutschland auch Frankreich, Italien, die Benelux-Staaten, Spanien, Portugal, Österreich, Irland und Finnland – angehörten, folgte im Jahr 2001 Griechenland, anschließend Slowenien (2007), Malta und Zypern (2008), die Slowakei (2009), Estland (2011), Lettland (2014) und Litauen (2015). Die übrigen Mit-

1992:

Finale Weichenstellung für die Europäische Währungsunion (Vertrag von Maastricht).

1999:

Elf europäische Staaten führen den Euro als Buchwährung ein.

gliedstaaten der EU sind verpflichtet, den Euro einzuführen, sobald die vereinbarten vier Konvergenzkriterien erfüllt werden (Inflations-, Wechselkurs-, Defizit- und Verschuldungskriterium). Nicht verpflichtet zur Einführung des Euro sind Dänemark und – bereits vor der Brexit-Entscheidung – Großbritannien. Fernab dessen nutzen Staaten außerhalb der EU den Euro als Zahlungsmittel oder haben ihre nationalen Währungen an den Euro gebunden.

Abbildung 2 zeigt wesentliche Kennzahlen der Wirtschaftsleistung der Eurozone auf. Hierbei wird deutlich, dass die Eurozone, gemessen an der Bevölkerungsanzahl, bereits zur Jahrtausendwende zu den größten Wirtschaftsräumen der Welt gehörte (EZB, 2001, S. 15). Im Jahr 2016 lag die Bevölkerungsanzahl annähernd bei 340 Millionen Menschen.

Die Wirtschaftsleistung belief sich im Jahr 2016 auf 10.733,2 Milliarden Euro, das BIP pro Kopf liegt aktuell bei rund 31.500 Euro. Innerhalb der Eurozone entsteht der Großteil der Wertschöp-

fung im Dienstleistungssektor (73,5 Prozent), gefolgt vom Verarbeitenden Gewerbe (25,0 Prozent). Mehr als 142 Millionen Menschen waren 2016 in der Eurozone erwerbstätig, dies sind 65,5 Prozent der Gesamtbevölkerung. Die Arbeitslosenquote betrug im selben Jahr 10,0 Prozent, bei einer Jugendarbeitslosenquote von insgesamt 21,0 Prozent.

2016 bezog die Eurozone Waren und Dienstleistungen aus anderen Teilen der Welt im Wert von 1.775,8 Milliarden Euro (Importquote 16,5 Prozent), zugleich gingen Waren und Dienstleistungen im Wert von 2.047,7 Milliarden Euro aus der Eurozone hinaus (Exportquote 19,1 Prozent).

Die Staatsverschuldung der Eurozone lag 2016 bei 89,2 Prozent des BIP, der Haushaltssaldo belief sich auf minus 1,5 Prozent. Die Einnahmen des öffentlichen Sektors entsprachen im Jahr 2016 46,2 Prozent des BIP, die Ausgaben 47,7 Prozent. Die durchschnittliche Inflationsrate lag bei 0,2 Prozent.

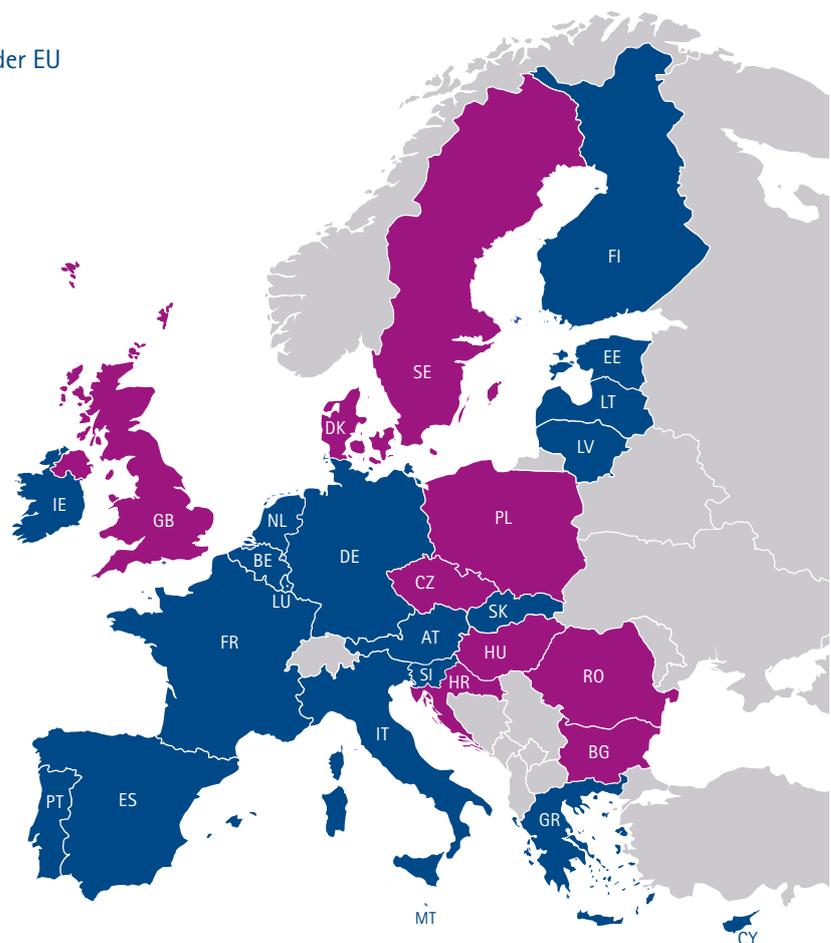
Abbildung 1: Eurozone und EU-Mitgliedstaaten im Überblick

■ Mitgliedstaaten der Eurozone

■ Mitgliedstaaten der EU

BE: Belgien
AT: Österreich
DE: Deutschland
NL: Niederlande
EE: Estland
FI: Finnland
FR: Frankreich
GR: Griechenland
IE: Irland
IT: Italien
LV: Lettland
LT: Litauen
LU: Luxemburg
MT: Malta
PT: Portugal
SK: Slowakei
SI: Slowenien
ES: Spanien
CY: Zypern

BG: Bulgarien
DK: Dänemark
HR: Kroatien
PL: Polen
RO: Rumänien
SE: Schweden
CZ: Tschechische Republik
HU: Ungarn
GB: Vereinigtes Königreich



Quelle: Eigene Darstellung in Anlehnung an Europäische Union, 2017.

Abbildung 2: Daten und Fakten zur Eurozone

Fläche (in km ²)	2.852.518
Bevölkerung (absolut, Schätzung, 01.01.2016)	339.887.302
Wirtschaftsleistung / BIP (in Euro absolut, 2016)	10.733,2 Milliarden
BIP-Wachstum (in Prozent, 2016 gegenüber 2015)	1,7
BIP pro Kopf (in Euro absolut, 2016)	31.500
Wirtschaftsstruktur:	
a) Primärer Sektor (in Prozent der BWS)	1,5
b) Sekundärer Sektor (in Prozent der BWS)	25,0
c) Tertiärer Sektor (in Prozent der BWS)	73,5
Erwerbstätige (absolut, 2016)	142,5 Millionen
Beschäftigungsquote (in Prozent, 2016)	65,5
Arbeitslosenquote (in Prozent, 2016)	10,0
Jugend Arbeitslosenquote (in Prozent, 2016)	21,0
Exporte in Länder außerhalb der Eurozone (in Euro absolut, 2016)	2.047,7 Milliarden
Exportquote in Länder außerhalb der Eurozone (in Prozent, 2016)	19,1
Importe aus Ländern außerhalb der Eurozone (in Euro absolut, 2016)	1.775,8 Milliarden
Importquote aus Ländern außerhalb der Eurozone (in Prozent, 2016)	16,5
Leistungsbilanzsaldo (in Prozent des BIP, 2016)	3,4
Haushaltssaldo (in Prozent des BIP, 2016)	-1,5
Staatsverschuldung (in Prozent des BIP, 2016)	89,2
Einnahmen des Staates (in Prozent des BIP, 2016)	46,2
Ausgaben des Staates (in Prozent des BIP, 2016)	47,7
a) Konsumausgaben	20,6
b) Sozialtransfers (monetäre Sozialleistungen)	17,0
Inflationsrate (in Prozent, 2016)	0,2

Quelle: Eurostat (2017), OECD (2017), IMF (2017), in Anlehnung an EZB (2001).

89,2 Prozent

des BIP beträgt die Staatsverschuldung in der Eurozone.



Vor- und Nachteile von Währungsräumen

Mit der Einführung einer Währungsunion gehen wirtschaftliche Vor- und Nachteile für die beteiligten Volkswirtschaften, die Bevölkerung und die Unternehmen einher. Bei Betrachtung dieser lassen sich wesentliche Argumente benennen, die die grundlegende Wirkung einer Währungsunion verdeutlichen (De Grauwe, 2012, S. 71).

Eine Währungsunion mit einer gemeinschaftlichen Währung vermindert **Transaktionskosten** für Unternehmen und Bürger gleichermaßen: Der Umtausch von Devisen bei Konsum in Nachbarstaaten entfällt ebenso wie die Erfordernis, unterschiedliche Währungen und etwaige Schwankungen der Wechselkurse in der Buchführung und Bilanzierung oder Fakturierung von Betrieben berücksichtigen zu müssen.

Ein weiterer Vorteil einer gemeinsamen Währung ist der Wegfall von **Wechselkursschwankungen**. Dies erhöht nicht nur die Planungssicherheit für Geschäfte zwischen den einzelnen Staaten der Eurozone und mindert somit etwaige Anpassungs- und Transaktionskosten, es bedingt auch eine gegenüber globalen Schwankungen und Störungen des Devisenmarktes erhöhte Stabilität.

Eine gemeinsame Währung erhöht die **globale politische Bedeutung** der innerhalb des Währungsraumes beheimateten Staaten (Bundesministerium der Finanzen, 2016): Der Euro ist mittlerweile zweitwichtigste Reservewährung der Welt, was der Eurozone auch mehr Gewicht auf internationaler Ebene verleiht. Die enge Kooperation von teilnehmenden Staaten, der EZB und der Europäischen Kommission ermöglicht es, die Interessen der Eurozone bei internationalen Wirtschaftstreffen gebündelt zu vermitteln. Die einheitliche Stimme der Eurozone als zweitgrößter Währungsraum der Welt hat inzwischen eine beträchtliche Bedeutung. Darüber hinaus ist zum Beispiel Deutschland als Teil des größten Binnenmarktes der Welt in der Lage, im Konzert der großen Wirtschaftsmächte mitzuspielen und die Globalisierung aktiv mitzugestalten.

Durch eine einheitliche Währung über Landesgrenzen hinweg wird Unternehmen der **grenzüberschreitende Handel** ebenso erleichtert wie der Zugang zu neuen und expandierenden Märkten sowie zu Finanz- und Technologiequellen. Dies kurbelt im Gegenzug das Wirtschaftswachstum an und erhöht das Angebot für Konsumenten. Infolgedessen steigt die Transparenz beim Preisvergleich, **Preisunsicherheiten verschwinden**. Gemeinsam mit dem großen Binnenmarkt führt dies in der Theorie zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen im

Wettbewerb um Konsumenten. Dank des **Wettbewerbs** werden außerdem eine erhöhte Produktvielfalt und günstigere Verbraucherpreise erreicht. Wirtschaft und Handel profitieren von einer Gemeinschaftswährung innerhalb der Eurozone.

Letztlich sorgt eine gemeinschaftliche Währung für eine gesellschaftliche, soziale und politische **Stabilität** (De Grauwe, 2012). Durch die Bestimmung eines geografischen Gebietes kann ein positives Gemeinschaftsgefühl entstehen und somit eine länderübergreifende Integration bewirkt werden, fernab ausschließlich wirtschaftlicher Integration (Europäische Kommission, 2014).

Innerhalb einer Währungsunion entfällt die Möglichkeit, mittels nationalstaatlicher Geldpolitik Einfluss auf wirtschaftliche Gegebenheiten zu nehmen.

Mittels einer gemeinschaftlichen Währung entfällt hingegen die Möglichkeit, durch nationalstaatliche Geldpolitiken Einfluss auf wirtschaftliche Gegebenheiten in den einzelnen Ländern nehmen zu können, denn eigene Zins- und Wechselkurspolitiken sind nicht möglich. Umso bedeutender werden nationale fiskalpolitische Belange, die einen regionalübergreifenden Charakter bekommen können.¹

1) Laut de Grauwe bildet die Eurozone keinen optimalen Währungsraum (De Grauwe, 2012, S. 100).

Wesentliche Vorteile einer gemeinsamen Währung



- Verminderung von Transaktionskosten
- Wegfall von Wechselkursschwankungen
- Steigerung der globalen politischen Bedeutung der beteiligten Staaten
- Erleichterung des grenzüberschreitenden Handels
- Erhöhung der Preistransparenz
- Intensivierung des Wettbewerbs im Währungsraum
- Zeichensetzung einer europäischen Identität





Die Bedeutung des Euro in der Weltwirtschaft

Die Einführung des Euro in zwölf Staaten im Jahr 2002 und die anschließende Erweiterung auf 19 Mitgliedstaaten der EU hat eine gemeinsame Währungszone, den Euroraum, geschaffen. Die wirtschaftlichen Gewichte haben sich global grundlegend verändert. Europa hat heute eine wahrgenommene Stimme in der globalisierten Welt.

Der Euro entwickelte sich neben dem US-Dollar zur zweitwichtigsten Weltwährung. Zeitgleich ist die EU zu einer der größten Wirtschaftsregionen der Welt geworden, ihr Anteil am weltweiten BIP beträgt 16,7 Prozent. Somit liegt die EU, gemessen am Volumen des Waren- und Dienstleistungsverkehrs, knapp hinter China (17,8 Prozent), aber vor den USA (15,5 Prozent) und Japan (4,4 Prozent).

Die Einführung des Euro als gemeinsame Währung hat neue wirtschaftliche Strukturen und Potenziale geschaffen. Der Euro ist die Antwort Europas auf die Dynamik der Globalisierung. Durch die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion und die Einführung des Euro wurde eine neue Qualität der Außenhandelsstrukturen geschaffen – ein Markt, der durch die Freizügigkeit für Waren, Dienstleistungen, Personen und Kapital entscheidende Vorteile bietet. Die Einführung der EU-weit einheitlichen Regelungen im Rahmen des SEPA Verfahrens brachte weitere Vorteile für international engagierte Unternehmen beim bargeldlosen Zahlungsverkehr mit sich. Vereinfachte Überweisungen, grenzüberschreitende Lastschriftverfahren, verkürzte Laufzeiten in andere europäische Länder und geringere Bankgebühren vereinfachten das internationale Geschäft in der Eurozone signifikant.

In 2016 entfielen 58,6 Prozent der Exporte aus Deutschland auf die Märkte der EU, wobei hiervon mit 62,5 Prozent der größte Anteil auf die Eurozone entfällt (Statistisches Bundesamt, 2017).² Deutsche Lieferungen in die EU-Mitgliedstaaten, die früher erheblichen Wechselkursrisiken und vielfältigen Handelshemmnissen ausgesetzt waren, sind im Rahmen des Europäischen Binnenmarktes für Unternehmen besser kalkulierbar und unbürokratischer. Länder mit einheitlicher Währung haben ein dreifach höheres Handelsvolumen als solche, die unterschiedliche Währungen besitzen (Rose, 1988).

Diskutiert wurde seit der Einführung des Euro dessen Wechselkursentwicklung, insbesondere gegenüber dem US-Dollar. Der Euro war seit seiner Einführung kontinuierlich Schwankungen ausgesetzt (siehe hierzu auch Kapitel 4.2) und wertete im Zuge der Staatsschuldenkrise zahlreicher Eurostaaten im Vergleich zum US-Dollar deutlich ab. Einerseits erleichterte eine Abwertung des Euro die Exportaktivitäten der Euroländer und der Länder mit Anbindung an den Euro. Andererseits lösten Abwertungstendenzen Befürchtungen über einen Kollaps des Eurosystems aus.

Mit dem Euro wurde nicht nur eine Wirtschaftszone frei von Wechselkursvolatilitäten geschaffen. Der Euro wirkt sich auch über die eigentliche Eurozone hinaus stabilisierend auf einzelne Wechselkurse aus, da insbesondere viele kleinere europäische Länder, die der Eurozone bislang nicht beigetreten sind, ihre nationalen Währungen an den Euro gebunden haben.

Die EU ist ein sehr attraktiver Standort für Direktinvestitionen. Im Jahr 2016 flossen rund 28,0 Prozent aller weltweiten Direktinvestitionen in die EU, auf die USA entfiel ein Anteil von rund 24,0 Prozent. In einer Welt zunehmender Globalisierung, in der politische, wirtschaftliche und technologische Schranken rasch überwunden werden, ist der Umfang der Teilnahme eines Landes an der weltweiten Wirtschaftstätigkeit ein wichtiger Indikator für seine Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit. Um wettbewerbsfähig zu bleiben, beschränken sich moderne Unternehmen bei ihren Geschäftsbeziehungen mit dem Ausland nicht auf den traditionellen Handel mit Waren und Dienstleistungen. Dies zeigt die steigende Zahl von Fusionen, Partnerschaften, Joint Ventures, Lizenzvereinbarungen und anderen Formen der Zusammenarbeit zwischen Unternehmen. Hierbei sind die Vereinigten Staaten von Amerika die wichtigste Quelle von Zuflüssen ausländischer Direktinvestitionen in der EU.

58,6 Prozent

der deutschen Exporte entfallen auf die EU.

37,6 Prozent

der exportierten Waren Deutschlands haben Mitgliedsländer der Eurozone zum Ziel.



200 EURO

EURO

10

EZB EKT EKP 2002

100 EURO EYPO

BCE ECB EZB EKT EKP

EURO EYPO

Effekte des Euro für Mainfranken, Bayern und Deutschland

Die Einführung der europäischen Gemeinschaftswährung bringt entsprechend der vorhergehenden Ausführungen potenzielle Vorteile für Mainfranken, Bayern und Deutschland mit sich. Doch lassen sich diese Vorteile bereits heute – 15 Jahre nach Einführung des Euro als offizielles Zahlungsmittel – beobachten? Auf Grundlage amtlicher Statistiken soll diese Frage im Folgenden beantwortet werden. Da nicht alle Daten auf Landkreisebene erhoben werden, ist es nicht abschließend möglich, alle untersuchten Indikatoren für Mainfranken auszuwerten. In diesen Fällen wird auf Daten auf bayerischer oder bundesdeutscher Ebene zurückgegriffen; beispielsweise gelten die in Deutschland insgesamt zu beobachtenden Effekte hinsichtlich des Wechselkurses oder der Preisniveaustabilität jedoch gleichfalls für Mainfranken sowie alle anderen Teilregionen.

Preisniveau

Im Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft wurde dem Eurosystem – der EZB sowie den nationalen Zentralbanken jener Länder, die den Euro als Währung eingeführt haben – die Aufgabe übertragen, im gesamten Euro-Währungsgebiet für Preisniveaustabilität zu sorgen. Preisniveaustabilität gilt als vordergründiges Ziel der europäischen Geldpolitik und ist definiert als eine jährliche Inflationsrate nahe bei, aber unter zwei Prozent. Grund hierfür ist, dass Preisniveaustabilität zu wirtschaftlichem Wohlstand beiträgt und hilft, die Funktionen des Geldes aufrecht zu erhalten (EZB, 2011). Um Aussagen über die Entwicklung der Preise in Deutschland vor und nach der Euro-Einführung treffen zu können, veranschaulicht Abbildung 3 die Entwicklung der Inflationsrate Deutschlands im Zeitverlauf zwischen 1990 und 2016.

Vor Einführung des Euro, zwischen den Jahren 1990 und 1998, war die Entwicklung des Preisniveaus zum Teil deutlichen Schwankungen unterworfen. Darüber hinaus wurden zeitweise recht hohe Inflationsraten verzeichnet; im Jahr 1992 lag die Inflationsrate der Bundesrepublik beispielsweise bei 5,1 Prozent.

EZB

Die EZB definiert Preisniveaustabilität als eine jährliche Preissteigerungsrate (Inflationsrate) von nahe bei, aber unter zwei Prozent.

Funktionen des Geldes



Zu den Funktionen des Geldes zählen die

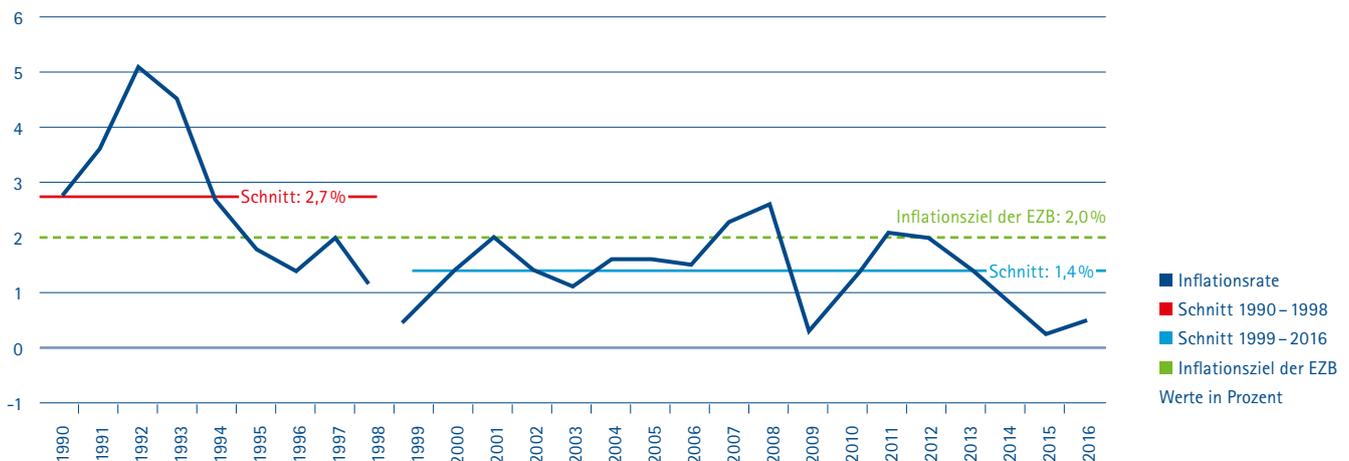
- Tauschmittelfunktion,
- die Funktion der Wertaufbewahrung sowie
- die Funktion als Recheneinheit.

Die durchschnittliche Inflationsrate betrug in diesem Zeitraum 2,7 Prozent. Mit Einführung des Euro – im Jahr 1999 als Buch- und im Jahr 2002 als offizielle Währung – pendelte sich die Inflationsrate Deutschlands auf einem deutlich niedrigeren Niveau ein: Im Durchschnitt betrug die jährliche Preissteigerungsrate zwischen den Jahren 1999 und 2016 1,4 Prozent, wobei sich die Spannweite zwischen 0,3 Prozent im Jahr 2015 und 2,6 Prozent im Jahr 2008 bewegte. Die Preise in Deutschland entwickeln sich somit seit Einführung des Euro weniger volatil als dies zu Zeiten der D-Mark der Fall war und begünstigen so den wirtschaftlichen Wohlstand der Bundesrepublik.

Wechselkurs

Die Globalisierung und eine zunehmende weltweite Handelsintensität erhöhen die Bedeutung stabiler Wechselkurse. Ein stabiler Wechselkurs zwischen zwei Währungen schafft Planungssicherheit für Exporteure und reduziert Anpassungs- und Transaktionskosten, die mit Wechselkursschwankungen einhergehen. Im Folgenden wird analysiert, wie sich der Wechselkurs des Euro beziehungsweise der D-Mark zum US-Dollar, einer der wichtigsten Währungen der Welt, im Zeitverlauf entwickelt hat.

Abbildung 3: Jährliche Inflationsrate in Deutschland vor und nach der Euro-Einführung



Quelle: Statistisches Bundesamt, 2017.

Abbildung 4 zeigt die Entwicklung des jahresdurchschnittlichen Wechselkurses von Euro zu US-Dollar im Zeitraum zwischen den Jahren 1999 und 2016. Zur Einführung des Euro als Buchwährung im Jahr 1999 lag der Wechselkurs bei 1,07 US-Dollar je Euro, sank in den beiden folgenden Jahren auf 0,90 US-Dollar je Euro ab, bevor er bis zum Jahr 2008 auf 1,47 US-Dollar je Euro anstieg. Bis zum Jahr 2016 wies der Wechselkurs eine rückläufige Tendenz auf und näherte sich mit 1,08 US-Dollar je Euro der Parität beider Währungen. Der durchschnittliche Euro-US-Dollar-Wechselkurs beläuft sich zwischen den Jahren 1999 und 2016 auf 1,21 US-Dollar je Euro. Um Aussagen über die Stabilität des Euro-US-Dollar-Wechselkurses treffen zu können, werden Wachstumsraten herangezogen.

Bei Betrachtung der jährlichen Wachstumsraten reicht die Spannweite von minus 16,5 Prozent im Jahr 2015 und plus 18,9 Prozent im Jahr 2003 – jeweils im Vergleich zum Vorjahr. Die Veränderungsrate zwischen dem niedrigsten Euro-US-Dollar-Wechselkurs, der bei 0,90 US-Dollar je Euro im Jahr 2001 lag, und dem höchsten Wert von 1,47 US-Dollar je Euro im Jahr 2008 liegt bei 63,3 Prozent. Im Durchschnitt hat sich der Euro-US-Dollar-Wechselkurs zwischen den Jahren 1999 und 2016 jährlich um 0,2 Prozent erhöht.

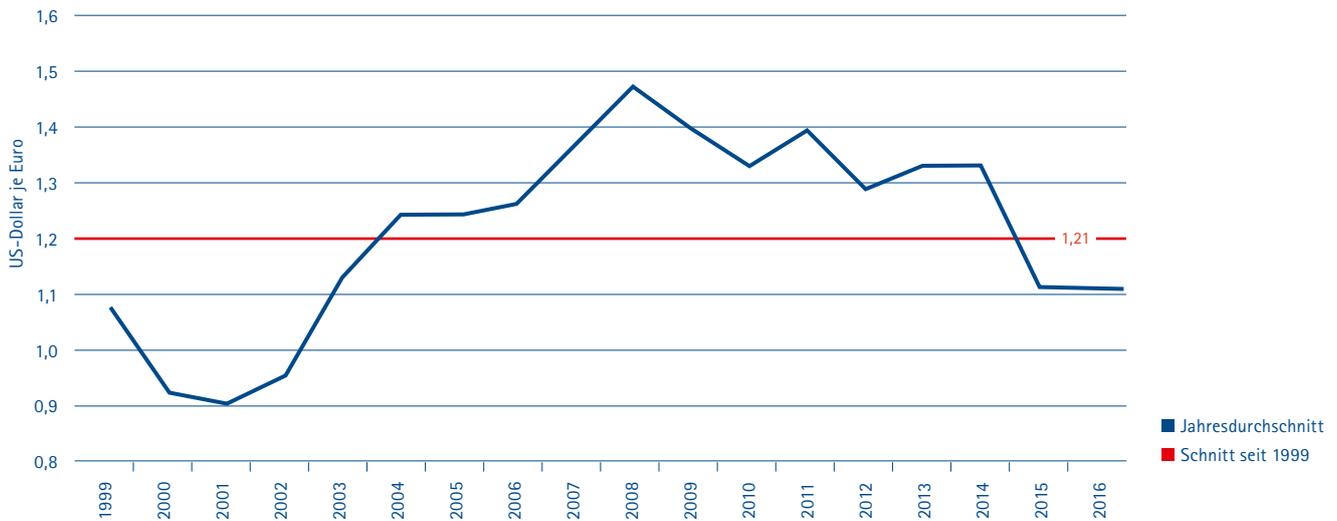
In Abbildung 5 ist die Entwicklung des Wechselkurses von D-Mark und US-Dollar im Zeitverlauf von 1970 und 1998 dargestellt – jeweils im Jahresdurchschnitt. Im Jahr 1970 betrug der Wechselkurs 0,27 US-Dollar je D-Mark und stieg in den Folgejahren auf 0,54 US-Dollar je D-Mark im Jahr 1980 an. Anschließend sank der Wechselkurs bis zum Jahr 1985 ab, erreichte im Jahr 1995 mit 0,70 US-Dollar je D-Mark sein Maximum im Betrachtungszeitraum und fiel bis zum Jahr 1998 auf 0,57 US-Dollar je D-Mark.

Eine Analyse der Wachstumsraten zeigt eine Spannweite der jährlichen Veränderungsraten von minus 19,5 Prozent im Jahr 1981 und 35,5 Prozent im Jahr 1986. Zwischen dem niedrigsten D-Mark-US-Dollar-Wechselkurs im Betrachtungszeitraum, der im Jahr 1970 mit 0,27 US-Dollar je D-Mark erreicht wurde, und dem höchsten Jahresdurchschnittswert von 0,70 US-Dollar je D-Mark im Jahr 1995 errechnet sich eine Veränderung um 155,2 Prozent. Die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des D-Mark-US-Dollar-Wechselkurses zwischen den Jahren 1970 und 1998 betrug 2,6 Prozent.

Aus der vorhergehenden Analyse der Wechselkursentwicklung von D-Mark beziehungsweise Euro zum US-Dollar wird deutlich, dass die europäische Gemeinschaftswährung seit ihrer Einführung deutlich geringeren Schwankungen im Vergleich zum US-Dollar unterworfen war – die Spannweite zwischen minimalem und maximalem Wechselkurs von Euro und US-Dollar liegt mit 63,3 Prozent weit unterhalb jener zwischen D-Mark und US-Dollar (155,2 Prozent). Zudem fällt die durchschnittliche jährliche Wachstumsrate des Wechselkurses von Euro und US-Dollar mit 0,2 Prozent deutlich geringer aus als jene von D-Mark und US-Dollar, die bei 2,6 Prozent liegt und auch die Wechselkursschwankungen, die sich im Vergleich zum Vorjahr ergeben, fallen bei der europäischen Gemeinschaftswährung geringer aus als zu Zeiten der D-Mark. Auch wenn Wechselkursentwicklungen immer ein Zusammenspiel einer Vielzahl globaler Faktoren sind, so gilt demnach, dass der Euro mit Blick auf Wechselkursvolatilitäten nicht instabiler ist als die D-Mark.

Aus der geringeren Volatilität des Wechselkurses von Euro und US-Dollar im Vergleich zur D-Mark gehen für deutsche und mainfränkische Unternehmen positive Effekte hervor, da

Abbildung 4: Euro-US-Dollar-Wechselkurs im Zeitverlauf



Quelle: EZB, 2017.

eine größere Planungssicherheit für Auslandsgeschäfte, die in US-Dollar abgewickelt werden, herrscht. Somit können Anpassungs- und Transaktionskosten gesenkt und die Stabilität des Außenhandels insgesamt gesteigert werden, da die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen und mainfränkischen Unternehmen in geringerem Maße durch Wechselkursschwankungen beeinflusst wird.

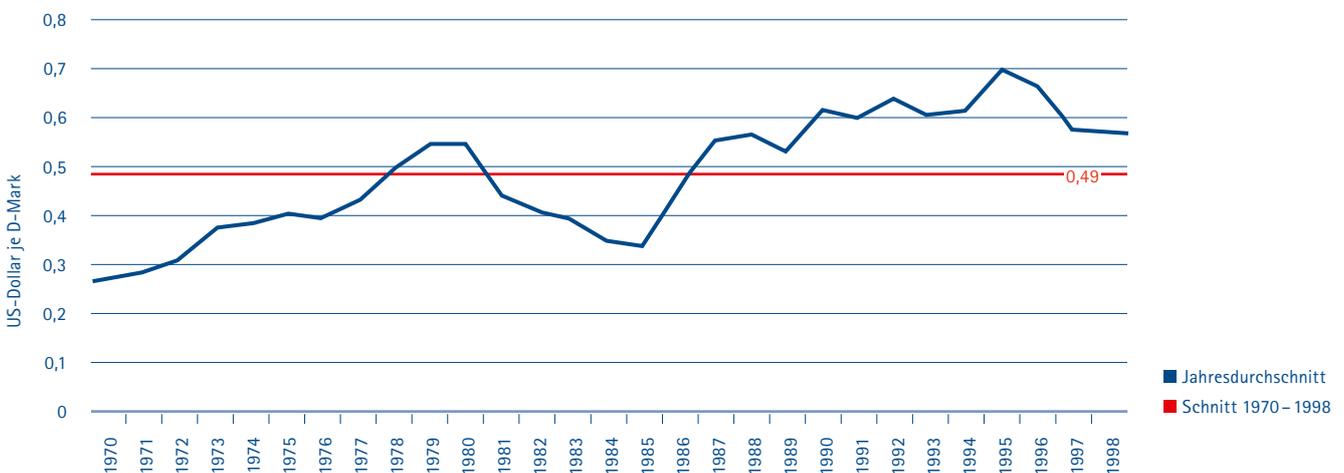
Binnenmarkt

Die EZB verfolgt mit ihrer Geldpolitik das Ziel, Preisniveaustabilität im Euroraum zu gewährleisten, um auf diese Weise zu einem höheren Wohlstand und Wirtschaftswachstum im Währungsgebiet beizutragen. Um beurteilen zu können, wie sich die mainfränkische Wirtschaft seit Einführung des Euro

entwickelt hat, wird zunächst auf jährliche Wachstumsraten des mainfränkischen BIP zurückgegriffen. Anschließend folgt ein Blick auf die verfügbaren Einkommen der mainfränkischen Bevölkerung im Zeitverlauf.

In Abbildung 6 ist die Entwicklung des BIP in Mainfranken zwischen den Jahren 1991 und 2014 dargestellt. Es zeigt sich, dass die mainfränkische Wirtschaft vor Einführung des Euro, also zwischen den Jahren 1991 und 1998, höhere durchschnittliche Wachstumsraten aufwies als in den Jahren danach. Während die Wachstumsraten des mainfränkischen BIP vor Einführung des Euro zwischen 6,7 Prozent im Jahr 1991 und 2,1 Prozent im Jahr 1995 schwankten – durchschnittlich stellte sich eine Wachstumsrate von 3,7 Prozent ein – konnte in der Zeit danach eine deutlich größere Streuung der jährlichen Wachstumsraten

Abbildung 5: D-Mark-US-Dollar-Wechselkurs im Zeitverlauf



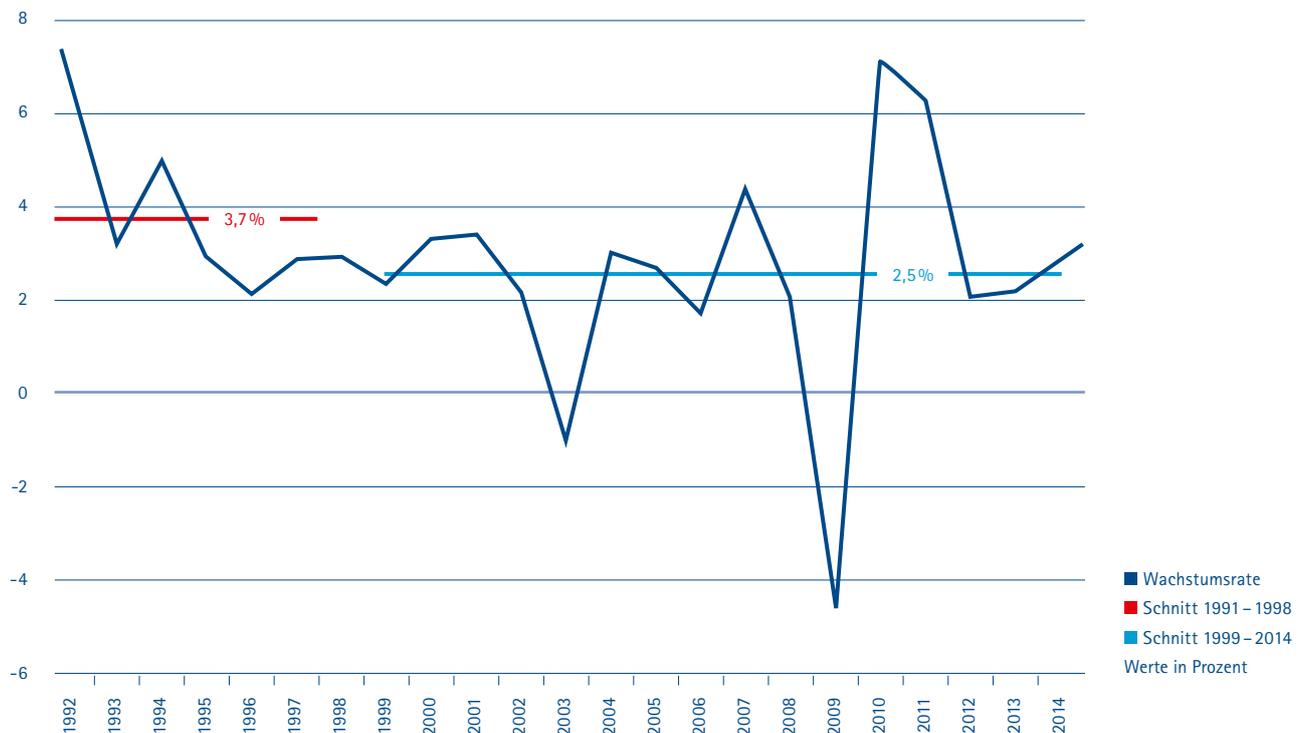
Quelle: Deutsche Bundesbank, 2017.

beobachtet werden. Diese bewegten sich zwischen 5,0 Prozent im Jahr 2006 und minus 4,0 Prozent im Jahr 2008; die durchschnittliche Wachstumsrate belief sich auf 2,5 Prozent. Diese Entwicklung ist insbesondere durch die globale Wirtschafts- und Finanzkrise ab dem Jahr 2007 geprägt sowie von der seither schwelenden Staatsschuldenkrise im Euroraum. Absolut ist das mainfränkische BIP seit Einführung des Euro zwar gestiegen, deutliche Steigerungen der Wachstumsraten im Vergleich zu jenen zu Zeiten der D-Mark konnten jedoch nicht erreicht werden. Die konjunkturellen Schwankungen, die in Mainfranken in den letzten Jahren zu beobachten waren, sind auch äußeren Einflüssen geschuldet und können nicht ausschließlich auf die Einführung des Euro zurückgeführt werden.

Blickt man auf die Entwicklung der verfügbaren Einkommen der Einwohner in Mainfranken, so zeigt sich – wie in Abbildung 7 dargestellt – ein Anstieg im Zeitverlauf. Das verfügbare Einkommen ist dabei definiert als „Einkommen, die den privaten Haushalten zufließen und die sie für Konsum- und Sparzwecke verwenden können“ (Statistisches Bundesamt, 2016). Dieser Indikator kann zur Wohlstandsmessung einer Region herangezogen werden, da er den „materiellen Wohlstand direkt

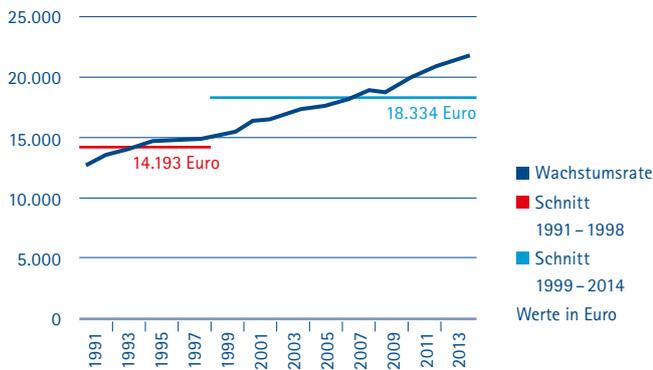
aus der Perspektive der Haushalte und nicht, wie beim Bruttoinlandsprodukt, aus der Perspektive der Produktion betrachtet“ (Roncador, 2014). Zwischen 1991 und 1998 hat sich das verfügbare Einkommen je Einwohner in Mainfranken von 12.769 Euro auf 14.948 Euro erhöht – im Durchschnitt entspricht dies einem Einkommen von 14.193 Euro je Einwohner. Anschließend, zwischen den Jahren 1999 und 2014 ergab sich hingegen eine Steigerung von 15.309 Euro auf 21.801 Euro, der Durchschnitt betrug 18.334 Euro. Bei Betrachtung der durchschnittlichen jährlichen Wachstumsraten zeigen sich hingegen kaum Unterschiede vor und nach der Einführung des Euro: Die durchschnittliche Veränderungsrate des verfügbaren Einkommens je Einwohner erhöhte sich zwischen den Jahren 1991 und 1998 jährlich um 2,3 Prozent, zwischen 1999 und 2014 um 2,4 Prozent. Dennoch: Der Wohlstand der mainfränkischen Bevölkerung ist in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich angestiegen. In Verbindung mit niedrigen Inflationsraten sowie dem niedrigen Zinsniveau begünstigen die höheren Einkommen der privaten Haushalte bis heute deren Konsumbereitschaft und stützen die heimische Wirtschaft.

Abbildung 6: BIP-Wachstum in Mainfranken im Zeitverlauf



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2016.

Abbildung 7: Verfügbares Einkommen je Einwohner in Mainfranken im Zeitverlauf



Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2016.

Außenhandel

Die mainfränkische Wirtschaft ist stark international verflochten. Im Zeitverlauf haben Auslandsmärkte für die mainfränkischen Unternehmen mehr und mehr an Bedeutung gewonnen (Abbildung 8). Während im Jahr 1980 lediglich 23,8 Prozent des Umsatzes des Verarbeitenden Gewerbes in Mainfranken auf Auslandsmärkte entfielen, stieg der Anteil bis zum Jahr 2016

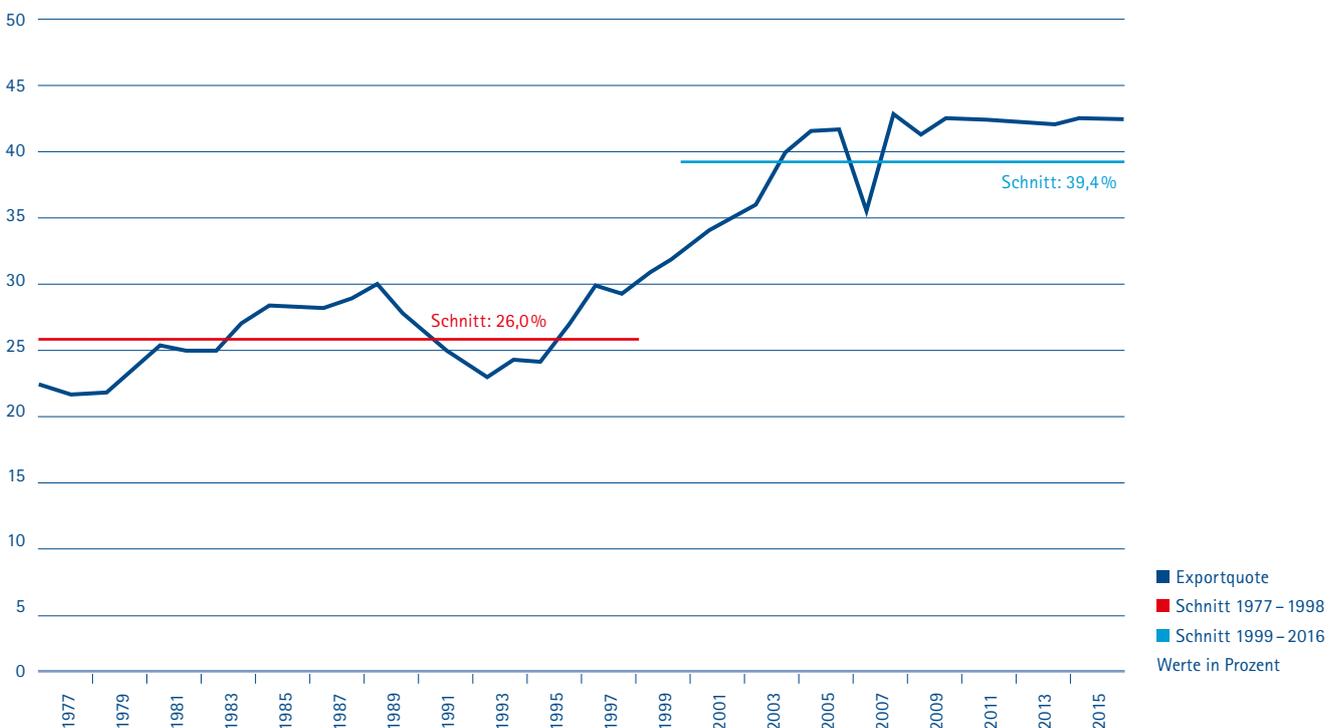
auf 42,7 Prozent an. Dabei wird deutlich, dass der Anstieg der Exportquote insbesondere auf die Zeit nach Einführung des Euro als Buchwährung im Jahr 1999 zurückzuführen ist. Lag die durchschnittliche Exportquote zwischen den Jahren 1977 und 1998 bei 26,0 Prozent, erhöhte sich dieser Wert im Zeitraum von 1999 bis 2016 auf 39,4 Prozent.

Es bleibt jedoch zu beachten, dass der Anstieg der Exportquote nicht ausschließlich auf die Einführung des Euro zurückzuführen ist. Auch die zunehmende allgemeine Globalisierung hat großen Anteil an der aktuellen Entwicklung. Nichtsdestotrotz begünstigt die gemeinsame Währung, wie eingangs aufgeführt, den Handel mit europäischen Nachbarstaaten, da Wechselkurschwankungen sowie die damit in Verbindung stehenden Anpassungs- und Transaktionskosten entfallen.

42,7 Prozent

betrug die Exportquote Mainfrankens im Jahr 2016. Zum Vergleich: 1980 lag die Quote bei 23,8 Prozent.

Abbildung 8: Exportquote in Mainfranken im Zeitverlauf



Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, 2017, eigene Berechnung.

Handelspartner Bayerns und Mainfrankens

Mit welchen Ländern die mainfränkischen Unternehmen verstärkt Handel betreiben, ist keiner amtlichen Statistik zu entnehmen, diese Daten sind ausschließlich auf Bundesland- oder Bundesebene verfügbar. Durch Kontakte zu außenwirtschaftlich ausgerichteten Unternehmen sind der IHK Würzburg-Schweinfurt dennoch Länderbeziehungen, definiert als Import- oder Exportverhältnisse mainfränkischer Unternehmen mit dem Ausland, zwischen Mainfranken und dem Ausland bekannt. Es muss jedoch darauf hingewiesen werden, dass die Anzahl der Handelsbeziehungen keine Aussagen über das Volumen der Geschäfte liefert. Konkret bedeutet dies, dass zwar eine Vielzahl von Unternehmen Handelsbeziehungen zu Land A besitzen können, deren Volumen insgesamt jedoch deutlich geringer ist als jenes in Land B, zu dem weniger Unternehmen Handelsbeziehungen pflegen.

Abbildung 9 stellt die Anzahl an Handelsbeziehungen der befragten Unternehmen nach Zielregion dar. Es zeigt sich, dass von insgesamt rund 10.000 Länderbeziehungen mainfränkischer Unternehmen mit 59,2 Prozent der Großteil auf europäische Länder entfällt. Besonders häufig wurde dabei über Beziehungen zu Mitgliedstaaten der Eurozone berichtet, die über die Hälfte der europäischen Länderbeziehungen mainfränkischer

Unternehmen darstellen. Österreich, die Niederlande, Italien, Frankreich, Belgien und Spanien sind hierbei besonders hervorzuheben. Es folgen die übrigen EU-Länder mit 29,9 Prozent sowie Asien mit 22,7 Prozent (IHK Würzburg-Schweinfurt, 2017). Amtliche Außenhandelsdaten, die das Volumen der Ein- und Ausfuhren von Unternehmen berücksichtigen, liefert das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung in seiner Außenhandelsstatistik für Bayern (Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, 2017). Die nachfolgenden Ausführungen beziehen sich somit auf das gesamte Bundesland Bayern und können nicht in vollem Umfang auf Mainfranken übertragen werden.

Der Außenhandelsstatistik für Bayern aus dem Jahr 2016 ist zu entnehmen, dass Unternehmen mit Sitz in Bayern im Jahr 2016 Waren im Wert von 182,9 Milliarden Euro ins Ausland exportierten. Differenziert nach Zielland entfallen mit 56,6 Prozent (103,5 Milliarden Euro) über die Hälfte der bayerischen Exporte auf Mitgliedstaaten der EU. Werden nur Exporte in Länder, die Mitglied der Eurozone sind, betrachtet, beläuft sich der Anteil der Ausfuhren Bayerns auf 35,1 Prozent (64,1 Milliarden Euro).³ Ein ähnliches Bild zeigt sich bei Betrachtung der Einfuhren Bayerns. Im Jahr 2016 wurden Waren im Wert von 166,1 Milliarden Euro nach Bayern importiert, wobei mit 61,5 Prozent (102,1

Abbildung 9: Länderbeziehungen mainfränkischer Unternehmen nach Kontinenten

Größenklasse	Länder
>5.000	Europa
1.000 bis 5.000	Amerika, Asien
<1.000	Afrika, Ozeanien



Quelle: IHK Würzburg-Schweinfurt, 2017.

Milliarden Euro) die große Mehrheit aus EU-Mitgliedstaaten stammt. Der Anteil aus Ländern innerhalb der Europäischen Währungsunion liegt bei 35,5 Prozent (59,0 Milliarden Euro).⁴ Dies verdeutlicht die hohe Bedeutung des europäischen Binnenmarktes für die bayerische und mainfränkische Wirtschaft.

56,6 Prozent

der bayerischen Exporte haben EU-Mitgliedstaaten zum Ziel, 61,5 Prozent aller Importe Bayerns stammen aus anderen EU-Staaten.

Abbildung 10 zeigt die zehn wichtigsten Handelspartner Bayerns im Jahr 2016, differenziert nach Ex- und Importen. Mitgliedstaaten der EU sind mit einem * gekennzeichnet, Mitgliedstaaten der Eurozone mit **. Darüber hinaus ist zu beachten, dass sich die Werte für Aus- und Einfuhren aus beziehungsweise in die EU oder Eurozone als Summe der Aus- und Einfuhren aus beziehungsweise in die einzelnen Mitgliedsländer ergeben. Sowohl die amtliche Statistik in Form der Außenhandelsstatistik für das Bundesland Bayern als auch die der IHK Würzburg-Schweinfurt bekannten Länderbeziehungen von außenwirtschaftlich tätigen Unternehmen Mainfrankens zeigen, dass die europäischen Partnerstaaten, insbesondere jene innerhalb der Eurozone, wichtige Handelspartner für mainfränkische und bayerische Unternehmen darstellen. Somit begünstigen der gemeinsame europäische Binnenmarkt sowie die europäische Gemeinschaftswährung Euro die Abwicklung der Auslandsgeschäfte mainfränkischer und bayerischer Unternehmen.

Abbildung 10: Wichtigste Handelspartner Bayerns 2016

Exporte		Importe	
Zielland	Anteil	Herkunftsland	Anteil
EU	56,6%	EU	61,5%
Eurozone	35,1%	Eurozone	35,5%
1 USA	11,2%	Österreich (**)	9,2%
2 China	8,2%	China	8,6%
3 Vereinigtes Königreich (*)	8,2%	Tschechien (*)	7,9%
4 Österreich (**)	8,0%	USA	7,0%
5 Frankreich (**)	6,9%	Italien (**)	6,7%
6 Italien (**)	6,4%	Polen (*)	5,8%
7 Polen (*)	3,5%	Niederlande (**)	5,5%
8 Tschechien (*)	3,5%	Ungarn (*)	5,2%
9 Niederlande (**)	3,5%	Frankreich (**)	3,9%
10 Spanien (**)	3,0%	Vereinigtes Königreich (**)	3,4%

Quelle: Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, 2017.

Etwa 35 Prozent

der bayerischen Ex- und Importe entfallen beziehungsweise stammen aus der Eurozone.

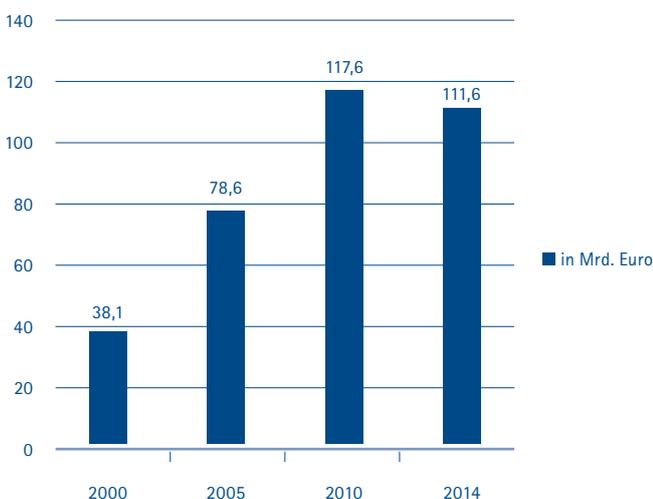


Direktinvestitionen

Neben den ausgeprägten Handelsverflechtungen der deutschen und bayerischen Volkswirtschaft zeigt sich die starke Einbindung des Landes in die Weltwirtschaft auch in der Entwicklung der Direktinvestitionen von deutschen beziehungsweise bayerischen Unternehmen im Ausland sowie von ausländischen Unternehmen in Deutschland beziehungsweise Bayern. Direktinvestitionen sind definiert als „Finanzbeziehungen zu ausländischen Unternehmen, an denen der Investor zehn Prozent oder mehr der Anteile oder Stimmrechte unmittelbar hält. Neben Beteiligungskapital werden auch Kredite an die verbundenen Unternehmen sowie jeglicher Grundbesitz als Direktinvestitionen gewertet“ (Bundesministerium der Finanzen, 2014). Die Abbildungen 11 und 12 veranschaulichen die Entwicklung unmittelbarer Direktinvestitionen ausländischer Unternehmen in Bayern sowie bayerischer Unternehmen im Ausland. Deutlich wird, dass der Bestand an Direktinvestitionen von ausländischen Unternehmen im Freistaat beziehungsweise von bayerischen Unternehmen im Ausland im Zeitverlauf zwischen den Jahren 2000 und 2014 stark angestiegen ist. Während im Jahr 2000 ausländische Direktinvestitionen in Höhe von 38,1 Milliarden Euro in Bayern verzeichnet wurden, waren es im Jahr 2010 bereits 117,6 Milliarden Euro. Im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise sank der Bestand zunächst ab, in den letzten Jahren sind erneut steigende Tendenzen zu beobachten. Im Jahr 2014 betrug der Bestand ausländischer Direktinvestitionen im Frei-

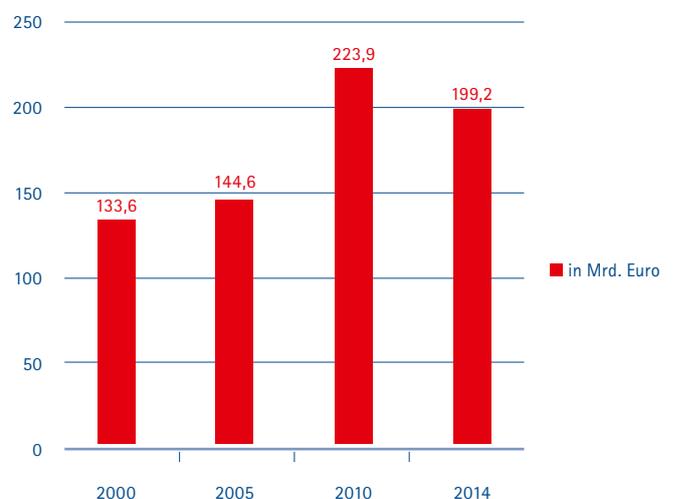
staat 111,6 Milliarden Euro. Ausländische Direktinvestitionen in Bayern haben sich somit seit Beginn des Jahrtausends nahezu verdreifacht. Differenziert nach Herkunftsland der ausländischen Direktinvestitionen in Bayern fällt auf, dass diese mehrheitlich aus Mitgliedstaaten der EU stammen – im Jahr 2014 lag der Anteil von Direktinvestitionen aus europäischen Partnerstaaten in Bayern bei 76,5 Prozent. Mit Blick auf bayerische Direktinvestitionen im Ausland zeigt sich – wie in Abbildung 12 dargestellt – ein ähnliches Bild: Der Bestand bayerischer Direktinvestitionen im Ausland hat sich von 133,6 Milliarden Euro im Jahr 2000 auf 199,2 Milliarden Euro im Jahr 2014 erhöht und auch hier waren insbesondere EU-Mitgliedstaaten Zielländer bayerischer Direktinvestitionen (im Jahr 2014: 56,9 Prozent).⁵

Abbildung 11: Ausländische Direktinvestitionen in Bayern



Quelle: Deutsche Bundesbank, 2017.

Abbildung 12: Bayerische Direktinvestitionen im Ausland



Quelle: Deutsche Bundesbank, 2017.

5) Deutsche Bundesbank, 2017.

Der Euro in Zeiten der Finanz- und Staatsschuldenkrise

Das „Projekt Europa“ – die europäische Gemeinschaftswährung Euro sowie die EU insgesamt – steht seit dem Ausbruch der Staatsschuldenkrise im Jahr 2010 in einigen Mitgliedstaaten in der Kritik. Doch der Euro ist nicht Ursache für diese Entwicklungen, vielmehr haben jahrelang ausbleibende Strukturreformen und die Missachtung zahlreicher Regelwerke auf europäischer Ebene in einigen Mitgliedstaaten zu Fehlentwicklungen geführt, die in Folge der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise mehr und mehr sichtbar wurden.

Mit dem Übergang von nationalen hin zu einer gemeinschaftlichen europäischen Währung steht jedem einzelnen Mitgliedstaat der Eurozone der Wechselkursmechanismus als Anpassungsinstrument an makroökonomische Schocks nicht mehr zur Verfügung, was für jene Volkswirtschaften, die eine geringere Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich aufweisen, mitunter zu erheblichen Anpassungslasten führt, da nun nur noch fiskalische oder strukturpolitische Maßnahmen zur Verfügung stehen, um im internationalen Wettbewerb mithalten zu können. Zwar wertete die europäische Gemeinschaftswährung zwischen den Jahren 2009 und 2016 beispielsweise gegenüber dem US-Dollar um knapp 30 Prozent ab (siehe Abbildung 4), wodurch sich Produkte aus der Eurozone auf den internationalen Märkten vergünstigten, doch die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Krisenstaaten konnte dennoch nicht in vollem Maße

wiederhergestellt werden. Im Falle nationaler Währungen hätte beispielsweise die griechische Drachme deutlich stärker abwerten müssen, damit die griechische Volkswirtschaft im internationalen Vergleich wieder wettbewerbsfähig erscheint. Die deutsche Mark wiederum hätte einen massiven Aufwertungsdruck erfahren – deutsche Produkte hätten sich international stark verteuert, was mit negativen Folgen für die Exportwirtschaft einhergehen würde. Ohne den Euro hätte die deutsche Volkswirtschaft die Folgen der globalen Wirtschafts- und Finanzkrise vermutlich deutlich langsamer überwunden, das stetige Wirtschaftswachstum, der Beschäftigungsanstieg und die sprudelnden Steuereinnahmen der letzten Jahre wären ausgeblieben oder zumindest niedriger ausgefallen (Bundesministerium der Finanzen, 2016).





Ausblick und Zukunft

Die europäische Gemeinschaftswährung Euro ist ein Erfolgsmodell. Es ist beachtlich, welche erhebliche Bedeutung der Euro schon vor und kurz nach seiner Einführung für Europa und die Weltwirtschaft in den verschiedensten Bereichen des Handels, der Kapitalmärkte, des internationalen Währungssystems und einer verstärkten politischen Stabilität erlangt hat. Vieles spricht dafür, dass dies erst der Anfang einer vertieften wirtschaftlichen und politischen Integration Europas in die Weltwirtschaft darstellt. Für die exportorientierte deutsche Volkswirtschaft, und somit auch für Mainfranken, können daraus auch in Zukunft immense wirtschaftliche Vorteile erwachsen.

Folgen der europäischen Gemeinschaftswährung für den Wirtschaftsraum Mainfranken



Preisniveaustabilität:	Stabiles Preisniveau fördert wirtschaftlichen Wohlstand
Wechselkurs:	Geringere Wechselkursvolatilität des Euro erhöht Planungssicherheit für Unternehmen bei Auslandsgeschäften und reduziert Kosten
Binnenmarkt:	Kontinuierlich weiter ansteigendes Einkommen, erhöht in Verbindung mit stabilerem Preisniveau die Konsumbereitschaft
Außenhandel:	Durchschnittliche Exportquote des Verarbeitenden Gewerbes hat sich nach Euro-Einführung deutlich gesteigert, sodass der Euro die Globalisierung flankiert
Direktinvestitionen:	Zunehmende Verflechtungen durch ansteigende Direktinvestitionstätigkeiten

Dennoch: Mit Blick auf die Europäische Währungsunion waren die letzten Jahre keine ruhige Zeit. Banken- und Finanzkrise, Staatsschuldenkrise und weitere Herausforderungen gehen immer einher mit Auswirkungen auf die Gemeinschaftswährung und somit auch auf die beteiligten Länder. Die Aufweichung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes, Maßnahmen im Rahmen des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) oder geldpolitische Schritte der EZB haben zu Diskussionen über notwendige Handlungszwänge innerhalb der Eurozone geführt. Entwicklungen wie der kommende Austritt Großbritanniens aus der EU tragen zur generellen Diskussion rund um das Modell Europa bei.

Trotz der bestehenden Hausaufgaben – eine stabilitätsorientierte und unabhängige Geldpolitik sicherstellen, die Umsetzung des Fiskalpaktes zur Reduzierung der Staatsverschuldungen bei Bündelung von Haftung und Handlung, die strikte Bindung des ESM an Konsolidierungsmaßnahmen und Strukturreformen oder die grundsätzliche Wahrung des Subsidiaritätsprinzips bei weiteren Schritten der europäischen Integration sind einige Maßnahmen, die in diesen Überlegungen eine Rolle spielen können (DIHK, 2016, S.15). Dennoch gilt – wie der frühere deutsche Außenminister Hans-Dietrich Genscher (1927-2016) sagte: „Europa ist unsere Zukunft, sonst haben wir keine.“

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Eurozone und EU-Mitgliedstaaten im Überblick	6
Abbildung 2: Daten und Fakten zur Eurozone	7
Abbildung 3: Jährliche Inflationsrate in Deutschland vor und nach der Euro-Einführung	14
Abbildung 4: Euro-US-Dollar-Wechselkurs im Zeitverlauf	15
Abbildung 5: D-Mark-US-Dollar-Wechselkurs im Zeitverlauf	15
Abbildung 6: BIP-Wachstum in Mainfranken im Zeitverlauf	16
Abbildung 7: Verfügbares Einkommen je Einwohner in Mainfranken im Zeitverlauf	17
Abbildung 8: Exportquote in Mainfranken im Zeitverlauf	17
Abbildung 9: Länderbeziehungen mainfränkischer Unternehmen nach Kontinenten	18
Abbildung 10: Wichtigste Handelspartner Bayerns 2016	19
Abbildung 11: Ausländische Direktinvestitionen in Bayern	20
Abbildung 12: Bayerische Direktinvestitionen im Ausland	20

Quellenverzeichnis

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, 2017: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen.

URL: <https://www.statistik.bayern.de/statistik/vgr/>. Abgerufen am 26. Oktober 2016.

Bayerisches Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung, 2017: Länderverzeichnis für die Außenhandelsstatistik Bayern 2016, vorläufige Berechnungen. URL: <https://www.statistikdaten.bayern.de/genesis/online?operation=previous&levelindex=2&levelid=1501568584468&step=2>. Abgerufen am 01.08.2017.

Bundesministerium der Finanzen, 2014: Monatsbericht – Deutsche Direktinvestitionen im Ausland. URL: <http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Monatsberichte/2014/09/Inhalte/Kapitel-3-Analysen/3-2-deutsche-direktinvestitionen-im-ausland.html>. Abgerufen am 31.07.2017.

Bundesministerium der Finanzen, 2016: Bedeutung des Euro. URL: http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Europa/Euro_auf_einen_Blick/Nutzen_des_Euro/2012-06-06-Nutzen-des_Euro.html. Abgerufen am 25. Juli 2017.

De Grauwe, Paul, 2012: Economics of Monetary Union (Bd. 9). University of Leuven, Belgium: Oxford University Press.

Deutsche Bundesbank, 2017: Deutsche Bundesbank – Statistiken Außenwirtschaft. URL: <http://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Aussenwirtschaft/Direktinvestitionen/Bestandsangaben/Tabellen/tabellen.html>. Abgerufen am 21. März 2017.

Deutsche Bundesbank, 2017: Deutsche Bundesbank – Statistiken. URL: http://www.bundesbank.de/Navigation/DE/Statistiken/Zeitreihen_Datenbanken/Makrooekonomische_Zeitreihen/its_details_value_node.html?tsId=BBK01.WJ5009&tlistId=www_s331_b01011_1. Abgerufen am 12. Januar 2017.

Deutsche Bundesregierung, 2010: EU – Wirtschafts- und Währungsunion. URL: http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Magazine/MagazinWirtschaftFinanzen/082/pdf/magzin-wirtschaft-finanzen-82-pdf.pdf?__blob=publicationFile.

Abgerufen am 11. Oktober 2016.

Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK) e.V., 2016: Gemeinsam Verantwortung übernehmen – Europas Zukunft gestalten. Europapolitische Positionen 2016 der IHK-Organisation. Berlin, 2016.

Europäische Kommission, 2014: Globalisierung. URL: http://ec.europa.eu/economy_finance/international/globalisation/index_de.htm. Abgerufen am 11. Oktober 2016.

Europäische Union (EU), 2017: Über die EU – Länder. URL: https://europa.eu/european-union/about-eu/countries_de. Abgerufen am 01.08.2017.

Europäische Zentralbank (EZB), 2001: Die Geldpolitik der EZB. Frankfurt am Main, 2001.

Europäische Zentralbank (EZB), 2011: Preisstabilität: Warum ist sie für dich wichtig? Frankfurt am Main, 2011.

Europäische Zentralbank (EZB), 2017: European Central Bank – Statistical Data Warehouse. URL: http://sdw.ecb.europa.eu/quick-view.do?SERIES_KEY=120.EXR.M.USD.EUR.SP00.A. Abgerufen am 10. Januar 2017.

Eurostat, 2016: Exporte von Waren und Dienstleistungen in Prozent des BIP. URL: <http://ec.europa.eu/eurostat/tgm/table.do?tab=table&plugin=1&langauge=de&pcode=tet0003>. Abgerufen am 12. Oktober 2016.

Industrie- und Handelskammer (IHK) Würzburg-Schweinfurt, 2017: Firmendaten der IHK Würzburg-Schweinfurt, Stand 31.07.2017.

Institut der deutschen Wirtschaft Köln, 2017: Ausländische Direktinvestitionen im Inland – in Mio. Euro. URL: <http://www.deutschlandinzahlen.de/tab/bundeslaender/aussenwirtschaft/direktinvestitionen/auslaendische-direktinvestitionen-im-inland>. Abgerufen am 10. Januar 2017.

International Monetary Funds (IMF), 2017: World Economic Outlook Databases, 12. April 2017. URL: <http://www.imf.org/external/ns/cs.aspx?id=28>. Abgerufen am 30.06.2017.

Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD), 2017: Economic Outlook, No. 100-101. URL: <http://stats.oecd.org/>. Abgerufen am 03.08.2017.

Roncador, T. v., 2014: Das Primäre und Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte in Bayern und in Deutschland. In: Bayern in Zahlen 12/2014, S. 730-737.

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2016: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder VGRdL – Verfügbares Einkommen 1991 bis 2014 (WZ 2008). URL: <http://www.vgrdl.de/VGRdl/tbls/tabs.jsp?rev=RV2014&tbl=tab14&lang=de-DE#tab06>. Abgerufen am 26. Oktober 2016.

Statistisches Bundesamt, 2016: Aus- und Einfuhr (Außenhandel): Deutschland, Jahre, Länder: 1999. URL: https://www-genesis.destatis.de/genesis/online;jsessionid=0C75DB72D5381DA465317DBD3A34C882.tomcat_GO_1_1?operation=previous&levelindex=2&levelid=1476427289164&step=2. Abgerufen am 14. Oktober 2016.

Statistisches Bundesamt, 2017: Außenhandel Deutschland – Aus- und Einfuhr im Jahr 2016 nach Ländern. URL: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Aussenhandel/Aussenhandel.html;jsessionid=BCC3F960D90016B775AC493EBA907E9B.cae3>. Abgerufen am 01.08.2017.

Zeppernick, R., 2002: Die Bedeutung des Euro für Europa und die Weltwirtschaft. In: Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. [Hrsg.], Zukunftsforum Politik, Nr. 42, Sankt Augustin, April 2002.

Die Reihe „Wirtschaftspolitische Perspektiven“ der Industrie- und Handelskammer (IHK) Würzburg-Schweinfurt ist eine Publikationsreihe mit dem Ziel, aktuelle wirtschaftspolitische Themen und grundlegende wirtschaftliche Zusammenhänge aufzugreifen, zu analysieren und wesentliche Schlussfolgerungen für den Standort Mainfranken zu ziehen.

Bisher publiziert in der Reihe sind:

Industriestandort Mainfranken, Dr. Sascha Genders, Elena Fürst, November 2015: Würzburg.

Atypische Beschäftigung in Mainfranken, Dr. Sascha Genders, Elena Fürst, September 2016: Würzburg.

Unternehmerische Verantwortung in Mainfranken – Unternehmensbefragung zum ehrbaren Kaufmann und zu Corporate Social Responsibility, Dr. Sascha Genders, Februar 2017: Würzburg.

15 Jahre Euro – Folgen der europäischen Gemeinschaftswährung für Mainfranken, Dr. Sascha Genders, Kurt Treumann, Silvia Engels-Fasel, Elena Fürst, September 2017: Würzburg.



Würzburg-Schweinfurt
Mainfranken

Information | Kontakt



Dr. Sascha Genders
Diplom-Volkswirt, LL. M. Eur.
Bereichsleiter Standortpolitik | Existenzgründung und Unternehmensförderung

 +49 931 4194-373
 +49 931 4194-111
 sascha.genders@wuerzburg.ihk.de



Kurt Treumann
Betriebswirt (VWA)
Bereichsleiter International

 +49 931 4194-353
 +49 931 4194-111
 kurt.treumann@wuerzburg.ihk.de